

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Sabine Gross

Abg. Martin Wagle

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Toni Schuberl

Abg. Tobias Beck

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Michael Hofmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Familienfreundliche Preispolitik bei der Deutschen Bahn (Drs. 19/7180)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe verbliebene Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Bahn hatte einmal ein vergünstigtes Familienreservierungsticket. Leider wurde dieses zum 15.06.2025 abgeschafft. Alle Reisenden, auch Kinder, müssen seitdem für einen Sitzplatz den vollen Preis zahlen. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie, statt 10,40 Euro nun allein für die Platzreservierung auf einfacher Strecke 22 Euro zu zahlen; eine Verteuerung um 100 %.

Familien können häufig nicht auf eine Reservierung verzichten. Sie müssen sicherstellen, dass im Zug alle beieinandersitzen. Besonders jüngere Kinder können nicht getrennt von den Eltern sitzen, und Eltern-Kind-Abteile sind dünn gesät. Es bleibt also nur, die teure Reservierung zu zahlen oder eben auf das Auto umzusteigen.

Begründet wurde diese Entscheidung der Bahn zur Abschaffung übrigens nicht mit wirtschaftlichen Erwägungen, sondern mit angeblich überhandnehmendem Missbrauch dieser Möglichkeit. Ich habe den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Bayern Heiko Büttner gefragt, wie und wie oft denn dieser Missbrauch stattgefunden hätte. Er konnte mir leider keine Auskunft erteilen. Ich kann dieses Argument auch nicht nachvollziehen. Nach eigener Auskunft der Bahn haben nur 5 % der Fernreisenden überhaupt von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Ich halte die Entscheidung der Bahn für inakzeptabel.

Die Pünktlichkeit der Bahn, insbesondere im Fernverkehr, liegt konstant unter 60 %, und Besserung ist nicht in Sicht. Mittlerweile ist es so, dass man, wenn man pünktlich am Ziel ankommen will, besser nicht die Bahn nimmt oder schon am Vortag anreist. Auch sind gerade die Fernzüge aktuell nicht unbedingt komfortabel. Immer öfter gibt es kein gastronomisches Angebot, weil das Personal fehlt. Das ist kein großes Problem, wenn man wie ich mal mit dem ICE von München nach Nürnberg fährt. Aber wenn man mit Kindern von München nach Hamburg reist und es nichts zu essen und zu trinken gibt, sieht das schon anders aus. Auch die Behindertentoiletten sind in den Fernzügen immer öfter außer Betrieb, ein großes Problem für Menschen mit Behinderung.

Da es absehbar ist, dass sich die Pünktlichkeit in den nächsten Jahren nicht wesentlich verbessern wird, stellen wir den Antrag, darauf hinzuwirken, nicht einfach zur früheren Praxis zurückzukehren, sondern die Familienreservierung für Kinder bis 14 Jahre ganz kostenfrei zu stellen. Das würde das Reisen mit der Bahn für Familien wieder attraktiver machen und die Bahn nicht wirklich viel kosten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man nicht mit Service punkten kann, dann muss man eben mit Preissenkungen die Kunden anlocken. Das ist eine Binsenweisheit. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Er wäre ein Zeichen an die Familien in unserem Land, dass wir im Bayerischen Landtag uns für eine familienfreundliche Bahn einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Wagle für die CSU-Fraktion.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, ich kann es leider nicht anders nennen, aber dieser Antrag, den Sie hier heute zur Diskussion stellen, ist ein klassischer Marmeladenantrag. Dieser

Antrag wurde fast wortgleich am 10. Dezember 2025 hier diskutiert. Wortgleich! Ich muss Ihnen wirklich sagen: Wenn es Ihrem besseren Verständnis dienen sollte, dann diskutieren wir die Sache halt noch einmal. Die Kollegin Gross hat das alles wieder so dargestellt, wie es damals war. Ich glaube, das war ebenfalls fast wortgleich. Ich fange jetzt mal von vorne an.

Sie bemängeln die Familienfreundlichkeit der Deutschen Bahn im Fernverkehr. Sie haben noch ein paar andere Sachen bemängelt – geschenkt. Was für eine Situation haben wir denn? – Im Fernverkehr, also in den Zügen IC und ICE, dürfen Jugendliche unter 14 Jahren bis zu vier Personen in der Gruppe kostenlos fahren. Ich glaube, das ist ein familienfreundliches Angebot, das die Deutsche Bahn macht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wovon sprechen wir dann wirklich, was Sie bemängeln? Es geht um die ermäßigte Buchung für Familien, dann noch den Sitzplatz für die Kinder zu ermöglichen. Ja, das hat die Bahn rückgängig gemacht. Es geht also nur um die Sitzplatzreservierung im Fernverkehr für Kinder. Es geht also nicht darum, dass alles freigestellt wird, sondern nur dieses. Ich muss Ihnen schon mal sagen: Das ist nicht die Welt. Also den Untergang des Abendlandes hier auszurufen, finde ich jetzt ein bisschen schwierig.

Aber tatsächlich, wir, die Regierungsfractionen, finden dieses Signal auch nicht richtig. Deswegen war es auch vollkommen klar – das haben wir beim letzten Mal auch erörtert –, dass das Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr bei der Deutschen Bahn Fernverkehr bei den turnusmäßigen Gesprächen darauf hingewirkt hat, dass dieses rückgängig gemacht wird. Wir waren uns also einig und haben versucht, dies rückgängig zu machen. Aber der lange Arm des Ministeriums und der Staatsregierung reicht leider nicht aus, um bei der Deutschen Bahn Fernverkehr in die Preispolitik einzugreifen und das rückgängig zu machen. Wir können das bemängeln und den Wunsch äußern; aber ändern können wir es nicht. Deswegen ist dieser Antrag schon beim letzten Mal abgelehnt worden. Und dabei bleibt es auch.

Gestatten Sie mir noch eine zusätzliche Anmerkung. Vorher, Frau Kollegin Gross, haben wir über Feuerwehrhäuser diskutiert. Dann ist Staatsminister Christian Bernreiter ans Rednerpult getreten und hat gesagt, er nehme diese Anregung auf und dies sei für ihn ein Arbeitsauftrag, den er gerne mitnehme. Dann haben Sie sich mit einer Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet und angemerkt: Herr Minister, das ist doch die Aufgabe des Bundes. Da geht es doch um das Baurecht des Bundes. Warum kümmern Sie sich darum? – Ich muss Ihnen dazu sagen: Das widerspricht eigentlich Ihrer Argumentation, die Sie jetzt hier bei diesem Antrag vorbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Positive nehmen wir aber mit. Der Staatsminister Bernreiter kümmert sich um alles und nimmt alles mit und versucht es zu lösen, auch wenn er nicht immer zuständig ist. Ihren Antrag müssen wir ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Sabine Gross, SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sie haben mir vorhin, als ich den Minister gefragt habe, nicht zugehört. Ich habe ihn gefragt, ob er den Antrag abändert. Der Minister hat nämlich im Gegensatz zu dem, was im Antrag stand, tatsächlich dann den richtigen Weg gewählt, nämlich sich beim Bund dafür einzusetzen, während im Antrag gewollt wurde, dass die Bayerische Bauordnung dahin gehend geändert wird. Und das ging halt nicht. Sie müssen mir schon richtig zuhören.

Martin Wagle (CSU): Der Minister hat gesagt, er nimmt den Arbeitsauftrag mit und tut, was er kann – ob es die Bayerische Bauordnung anbelangt oder beim Bund das Baurechtliche. Darum kümmert er sich und versucht, seinen Einfluss geltend zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich ja sicher erinnern, dass wir dasselbe Thema schon in der letzten Sitzung in die Tagesordnung eingebracht haben, und zwar mit einem Antrag, den Sie am 10. Dezember, also vor gut sechs Wochen, selbst noch abgelehnt haben. Wir von der AfD-Fraktion haben damals im Wesentlichen dasselbe gefordert, wie Sie heute, nämlich: Die Deutsche Bahn soll die vergünstigte Sitzplatzreservierung für Familien wiedereinführen, weil die Abschaffung eine unangemessene Belastung für unsere Familien darstellt.

Familienfreundliche Politik ist das höchste Anliegen unserer AfD-Fraktion. Wir wollen bayerische Familien entlasten und fördern. Seit vielen Jahren setzen wir uns auch für steuerliche Entlastungen ein. Wir haben Ihnen hier im Plenum unzählige Vorschläge unterbreitet, die Sie wieder und wieder abgelehnt haben. Jetzt fordern Sie sogar zusätzlich noch eine kostenlose Sitzplatzreservierung für Jugendliche unter 14 Jahren. Ansonsten steht im Mittelpunkt beider Anträge eine und dieselbe Sache, nämlich die Wiedereinführung der vergünstigten Sitzplatzreservierung für Familien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben unseren Antrag damals abgelehnt. Heute setzen sie ihn nahezu wortgleich wieder auf die Tagesordnung. Das spricht für sich. Sie lehnen eine durch und durch sinnvolle Maßnahme ab, obwohl sie bayerischen Familien hilft. Nicht wegen des Inhalts, sondern weil sie von uns kommt, von der AfD. Es gibt keinen Streit in der Sache. Es ist, wie immer, reine Parteitaktik. Bei Ihnen steht Parteipolitik längst vor jeder Sozialpolitik. Das spiegelt sich auch in Ihren Umfrageergebnissen wider.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Trotzdem stimmen wir dem Antrag der SPD zu.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Erstens, weil er im Kern unser Antrag ist. Zweitens, weil es für uns ausschließlich um unsere bayerischen Bürger und um unsere bayerischen Familien geht. – Vielen Dank.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ebner-Steiner, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Ebner-Steiner, es ist einmal erzählt worden, Sie hätten schon einmal einen Austrittsantrag aus der AfD eingereicht. Stimmt das? Und falls ja, warum?

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Könnten Sie einfach mal zur Sache sprechen, oder haben Sie wieder zu viel geraucht heute?

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Tobias Beck für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Abschaffung der vergünstigten Familienreservierungen durch die Deutsche Bahn ist für viele Familien bedauerlich – gerade für diejenigen mit einem kleinen Geldbeutel. Ja, das Unverständnis, das im Antrag der SPD zum Ausdruck kommt, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Der vorliegende Antrag setzt aber politisch an der falschen Stelle an.

Die Preisgestaltung der Reservierungssysteme der Deutschen Bahn sind Teil unternehmerischer Entscheidungen. Sie liegen erstens grundsätzlich nicht im Zuständigkeitsbereich des Bayerischen Landtags oder der Staatsregierung. Zweitens muss uns bewusst sein, wenn wir uns diesen Schuh trotzdem anziehen und uns im Klein-

Klein der Tarifpolitik verheddern, dann, wenn wir beginnen, einzelne Tarifbestandteile politisch herauszugreifen, geraten wir schnell in Systempolitik für Einzelfälle und lassen andere Kundengruppen außen vor. Familienfreundliche Mobilität wird nicht durch punktuelle Eingriffe in Reservierungsgebühren erreicht, sondern durch strukturelle Verbesserungen, durch ein verlässliches Angebot, durch gute Anschlüsse, durch bezahlbare Tickets und durch ein auf Familien ausgerichtetes Zugangebot – etwa mit Familienabteilen oder ausgewiesenen Familienbereichen im Fernverkehr.

Dafür sollten wir uns in der Politik einsetzen und versuchen, gemeinsam gute politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Außerdem gibt es mit dem Deutschlandticket gerade für junge Menschen ein sehr attraktives und kostengünstiges Mobilitätsangebot. Kurz gesagt: Unser Ziel muss sein, Mobilität für Familien insgesamt zu stärken, nicht über symbolische und politische Einzelmaßnahmen, sondern über ein leistungsfähiges und bezahlbares System. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Beck. – Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Markus Büchler das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Aus für die Familienreservierung bei der Deutschen Bahn ist wirklich ein Schlag in das Gesicht der reisenden Familien. Es ist unsozial, es ist familienunfreundlich und es ist vor allem auch völlig unverständlich, wie die Deutsche Bahn zu diesem Entschluss gekommen ist. Schließlich ist die Leistung der Deutschen Bahn gerade im Fernverkehr, bei dem Reservierungen gefragt sind, alles andere als gut. Die Pünktlichkeitswerte sind im Keller, und die Deutsche Bahn wäre sehr gut beraten, etwas dafür zu tun, dass sie die Kunden, die sie hat, bindet und dass sie wenigstens preislich und in Bezug auf die Tarifgestaltung attraktiv bleibt, wenn es schon mit dem Fahrplan hinten und vorne nicht funktioniert.

Tatsächlich ist dieses Thema hier im Bayerischen Landtag an der falschen Stelle eingebracht. Die Vorredner haben dies schon gesagt. Die richtige Adresse wäre der Deutsche Bundestag, vor allem das Verkehrsministerium. Weil es sich aber um eine unternehmerische Entscheidung handelt, da die Deutsche Bahn leider ein Privatkonzern ist, ist die richtige Adresse die Deutsche Bahn selber. Wir im Bayerischen Landtag können relativ wenig beitragen. Deswegen werden wir uns zu dem Antrag, der gut gemeint, aber hier an der falschen Stelle ist, enthalten.

Der Freistaat Bayern könnte allerdings sehr viel unternehmen, um das Bahnreisen zumindest im Nahverkehr, aber auch den öffentlichen Verkehr insgesamt familienfreundlicher zu machen. Ein wichtiger Baustein wäre hier, die Schulwegkostenfreiheit endlich auf alle Schulkinder auszudehnen und allen Schulkindern ein Deutschlandticket zu geben. Das wäre eine Sache, die wir in Bayern selber machen könnten und für die wir den Bund nicht bräuchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Büchler. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Michael Hofmann (CSU): Doch!)

Es gibt noch eine Wortmeldung. – Herr Hofmann, ich habe das nicht mitbekommen. Sie haben noch vier Minuten. Bitte, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Familienfreundlichkeit der Deutschen Bahn schon noch einmal aufgreifen. Ich glaube, dass Herr Kollege Wagle noch einmal deutlich gemacht hat, in welcher Art und Weise wir als Flächenland Bayern darauf angewiesen sind, dass die Deutsche Bahn ihren Auftrag erfüllt.

Ich glaube, dass wir bei all der Diskussion ganz klar feststellen müssen, dass das Angebot, das immer wieder von der Bahn gemacht wird, betriebswirtschaftlich sinnvoll

und notwendig ist. Man muss schon ein Gesamtkonzept erbringen und sich nicht nur über einzelne Maßnahmen beschweren, die aufgrund der Situation in einem Betrieb möglicherweise notwendig sind; denn ich habe bis jetzt noch nie gehört, dass irgendjemand aus der Opposition erklärt hat, diese und jene Preise könnten wir einmal ein wenig teurer machen. Gleichzeitig wird darüber geklagt, dass die Bahn zu wenig Geld zur Verfügung hat, um die notwendigen Infrastrukturkosten zu begleichen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anständig zu bezahlen und vieles andere mehr. Deswegen sage ich an der Stelle: Bitte macht euch ehrlich, wenn ihr solche Anträge stellt. Sagt, wo die Bahn ihr Geld herbekommen soll und wie sie Geld einnehmen soll, damit sie die Leistungen erbringt, die wir als Flächenland im Freistaat Bayern brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Frau Kollegin Sabine Gross von der SPD-Fraktion das Wort.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Hofmann, das Problem ist doch vorwiegend, dass gerade wirtschaftliche Gründe nicht zur Abschaffung geführt haben. Es wurde immer betont: Daran lag es nicht. Es war meiner Meinung nach rein willkürlich zu behaupten, man wolle den Missbrauch hier abschaffen. Es ging nicht um wirtschaftliche Gründe. Diese wären vielleicht noch nachvollziehbar gewesen.

Michael Hofmann (CSU): Wissen Sie, mir ist durchaus bewusst, dass ein Unternehmen möglicherweise Begründungen formuliert, damit die Sache in der Öffentlichkeit nicht anders dargestellt wird. Und da kann die Bahn sagen, was sie will: So etwas hat natürlich auch betriebswirtschaftliche Gründe. Anders kann man sich das nicht erklären.

Was das Thema Missbrauch angeht, hätte ich von der Bahn schon erwartet, dass sie Zahlen, Daten und Fakten als Belege anführt. Im Übrigen ist das kein Verschulden der

Politik. Die Deutsche Bahn ist ein Konzern, der eine eigene Konzernpolitik und eine eigene Fahrkarten- und Preispolitik betreibt. Das ist kein Thema, das der Freistaat Bayern lösen kann.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt gibt es tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD- Fraktion und die AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. – Enthaltungen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn unserer Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 12.